adopt تَبنَّى ثورة a revolution

DIE SYRISCHE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN!

Foto: Erstellt mittels KI, Adobe Firefly

Auf einen Kaffee mit dem Diktator

Baschar Al-Assad erlebt ein diplomatisches Revival. Nach jahrelanger politischer Isolation und internationaler Ächtung ist der Diktator plötzlich wieder ein geladener Gast bei internationalen Konferenzen. Warum das nicht sein darf.

Mit wie vielen Stückchen Zucker trinkt Assad wohl seinen Kaffee? Mag er es eher süß oder herb? Was mundet einem Diktator so auf Reisen? Solche Fragen müssen nun wieder Menschen klären, die internationale Konferenzen mit dem syrischen Machthaber organisieren. Nachdem er jahrelang recht eintönig nur Russland und Iran besuchen durfte, hat Assad das Fernweh gepackt.

In diesem Jahr traf er sich zum diplomatischen Kaffeeklatsch mit Staatsmännern in Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und China. Als Kirsche obendrauf gab es sogar eine Einladung zur Weltklimakonferenz in Dubai.

Frei nach dem Motto »Was schert mich mein Geschwätz von gestern« schlürft auch der Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Aboul Gheit, ein Finjan mit dem Mann, dessen Regime er noch vor sieben Jahren verantwortlich machte für »die grausamen Militäroperationen […] gegen seine Bevölkerung in Aleppo«.

In Deutschland mögen Assad die Türen noch nicht offen stehen, doch der scharfe Ton ihm gegenüber verliert deutlich an Würze. In Politik und Presse wird selten noch über »Diktator«, sondern wieder über »Präsident« Baschar Al-Assad gesprochen. Außenministerin Annalena Baerbock warnte bei einem Besuch im Golf vor einer »bedingungslosen Normalisierung« des Regimes. Obwohl sie dabei wiederholt auf dessen Gräueltaten hinwies, steht unterm Strich: Mit Assad kann wieder verhandelt werden.

Es ist kein kollektives Vergessen, sondern eine kollektive Ignoranz, welche die politischen Repräsentant*innen an den Tag legen. Sie verdrängen, dass Assads Krieg mehr als eine halbe Million Menschenleben gefordert hat, während Hunderttausend noch vermisst werden. Allein Kanada und die Niederlande legten im Sommer beim Internationalen Gerichtshof Klage gegen das Regime ein. Sie wollen es für Folter und den Einsatz chemischer Waffen zu Verantwortung ziehen. Im August jährte sich der Giftgasangriff auf Ghouta zum zehnten Mal. Bis zu 1.400 Menschen starben damals durch das tödliche Nervengas Sarin.

Vor allem arabische Staaten wie Saudi-Arabien, aber auch die Vereinten Nationen, haben sich aus der Kontaktaufnahme eine Stabilisierung Syriens versprochen. Doch der Schuss ging gewaltig nach hinten los.

Es scheint, als könne Assad aus jeder Katastrophe Profit schlagen. Beispiel gefällig?!

Die verheerenden Erdbeben Anfang des Jahres verwüsteten viele Gebiete, die nicht unter der Kontrolle des Regimes stehen. Zuerst versagte die UN auf ganzer Linie, schnell und ausreichend Nothilfen dorthin zu leisten.

Assad beim Plausch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga bei seinem ersten Gipfeltreffen nach über zehn Jahren im Mai 2023. Vom saudischen Kronprinzen gab es für den Rückkehrer Assad sogar einen warmen Bruderkuss.

Photo: picture alliance / ASSOCIATED PRESS

Dann scheiterte im Juli der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen daran, der Resolution zuzustimmen, welche die türkisch-syrische Grenze für die wenigen Hilfslieferungen offen hielt. Im gleichen Zeitraum wurde bekannt, dass das UN-Welternährungsprogramm bis zu 2,5 Millionen Menschen in Syrien die Rationen wegen Finanzierungsengpässen kürzen muss.

In der ausweglosen Situation wandte sich der UN-Nothilfekoordinator Martin Griffith ausgerechnet an Assad. Mit ihm gilt jetzt die generöse Abmachung, dass die Grenzübergänge bis zum Winter nicht geschlossen werden. Wie wenig es dem Diktator dabei um hilfsbedürftige Menschen geht, zeigte er in Idlib und anderen Regionen im Nordwesten.

Bombardierungen durch das Regime und seinen Verbündeten Russland sind nichts Neues in diesen oppositionellen Gebieten. Anfang Oktober hat die Offensive aber an Intensität gewonnen und sich zu einem flächendeckenden Großangriff entwickelt. Ziele sind insbesondere zivile Infrastrukturen wie Wohnquartiere, Märkte und Krankenhäuser. Die UN warnte bereits vor einer humanitären Katastrophe mit Blick auf die Zehntausenden, die akut vor dieser Gewalt geflohen sind.

Ein cleverer Schachzug: Assad schafft die Situation, in der Nothilfe gebraucht wird und instrumentalisiert diese dann auf internationalem politischen Parkett. Allein die Syrer*innen haben nicht vergessen, was für ein Monster in Damaskus die Fäden zieht.

Seit August finden wieder Proteste gegen das Regime statt. Dreh- und Angelpunkt ist die Region Suweida im Süden Syriens, die offiziell unter der Kontrolle Damaskus' steht. Gingen dort zuerst Menschen wegen der Wirtschaftskrise auf die Straße, hallten bald die Rufe nach dem Sturz des Regimes. Und nicht nur das:

»Assad und seine Gefolgschaft sollen nicht ungestraft davonkommen. Wir fordern, dass seine Angehörigen vor Gericht gestellt werden. Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und dass die Schicksale der vielen Verschwundenen aufgeklärt werden.«

Das sagte uns eine Demonstrantin in Suweida. Sie und ihre Mitstreiter*innen zeigen: Das syrische Volk wird nie vergessen, was es unter diesem Regime erlitten hat. Und sie fordern auch die UN auf, sich an ihr »Geschwätz von gestern« zu erinnern: Die Resolution 2254, die einen friedlichen Machtübergang beinhaltet.

Als hätten es nicht schon die vergangenen zwölf Jahre deutlich gemacht, zeigt sich erneut: Es wird keinen Frieden und keine Freiheit mit Assad geben. Und auch politisch gesehen, fehlt ihm jegliche Voraussetzung, um Syrien aus den vielen Krisen zu führen. Es ist an der Zeit, den Diktator so zu behandeln, wie er es verdient hat – wie kalten Kaffee. Und weg damit.

Adopt a Revolution unterstützt die zivile Selbstorganisation gegen die Assad-Diktatur und religiösen Fanatismus. Helfen Sie mit, stärken Sie die syrische Zivilgesellschaft!

INFOS AUF SEITE IV →

Der Preis der UN-Sicherheit
Seite II

Das Verbrechen der Freiheit
Seite III

Nicht hilflos sein
Seite IV

Foto: Richard Harvey / Alamy Stock

Ein Junge, der 2012 auf einem zerstörten Kampfpanzer in Azaz, Gouvernement Aleppo, balanciert – ein Bild aus einer längst vergangenen Zeit und trotzdem hochaktuell. Nach mehr als einem Jahrzehnt Krieg bleibt die Frage, was wohl aus diesem jungen Mann geworden ist.

Foto: Aaref Watad / AFP / Getty-Images

Eine syrische Familie bricht das Fasten im Ramadan 2020 inmitten der Trümmer ihres zerstörten Hauses. Syrische Regierungstruppen hatten dieses bei einem Angriff auf die Stadt Ariha im Süden der Provinz Idlib zerstört.

Foto: Al-Atareb Media Center

Inmitten von Trümmern blickt eine Frau auf die Überreste zerstörter Gebäude in der Stadt Atareb im Nordwesten Syriens. Die Erdbeben Anfang des Jahres haben hier ganze Ortschaften in Schutt und Asche gelegt. Zudem bombardiert das Regime unaufhörlich die Region.

Fotos: Alrased

In Südsyrien, ausgehend von Suweida, blüht der Protest gegen das Assad-Regime mit einer vielfältigen Bewegung erneut auf. Frauen spielen eine wichtige Rolle in der Organisation der Demonstrationen.

Ein Demonstrant schwingt die fünffarbige Flagge der Drusen. Die Proteste erfahren große Unterstützung durch die religiöse Bewegung. Seit August konnten die Menschen in der Region weitgehend friedlich demonstrieren.

Die Demonstrant*innen fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und dass die Schicksale der vielen Verschwundenen aufgeklärt werden. Außerdem wollen sie die Umsetzung der Resolution 2254, die einen friedlichen Machtübergang vorsieht.

Die Vereinten Nationen als Geisel Assads

Es ist Wunschdenken, dass das Assad-Regime humanitäre Hilfen nicht für seine Zwecke nutzt. Das funktioniert aber nur, weil die UN so brav mitspielt.

Das Assad-Regime ist dafür bekannt, Hunger als Waffe einzusetzen – ein Kriegsverbrechen, das die Vereinten Nationen wiederholt dokumentiert haben. Immer wieder berief sich Damaskus auf eine eigennützige Rechtsauslegung und untersagte UN-Hilfsorganisationen, Syriens Grenzen in Gebiete zu überschreiten, die sich nicht unter der Kontrolle des Regimes befanden. Gebiete, in denen Millionen von Menschen in Not waren.

Im Jahr 2014 wurde der Druck auf die UN größer, endlich zu handeln. Sie zögerte aus Vorsicht und, weil ihr Präzedenzfälle sowie rechtliche Leitlinien fehlten, an denen sie sich orientieren konnte. Doch handlungsunfähig war sie schon damals nicht. Bereits zu diesem Zeitpunkt wies eine Gruppe prominenter Rechtsexpert*innen aus aller Welt in einem Artikel der britischen Tageszeitung »The Guardian« darauf hin, dass die Vereinten Nationen eigenmächtig Hilfsgüter über die türkische Grenze nach Idlib bringen können. Die öffentliche Debatte, die sich daraus entspann, wurde vom UN-Sicherheitsrat jäh unterbunden. Er verabschiedete die Resolution 2165, welche die UN dazu ermächtigte, Hilfsgüter über die Grenzen hinweg zu liefern.

Der Haken an der Sache: Die Resolution musste jährlich erneuert werden. Doch je länger der Krieg dauerte, desto kontroverser wurde sie im Sicherheitsrat gesehen und ihre Laufzeit schließlich auf sechs Monate reduziert. In dieser Zeit entfachten Jurist*innen und humanitäre Akteur*innen die juristische Debatte neu und vertraten die von inzwischen

> Hilfe in Not zuzulassen ist eine Pflicht, kein Privileg

mehr Rechtswissenschaftler*innen unterstützte Auffassung, dass weder eine Resolution noch die Zustimmung Assads erforderlich seien. Im Sommer 2023 machte Russland dann seine Drohungen wahr und legte ein Veto in der Abstimmung ein. Die Grenzen schlossen sich für Hilfslieferungen, was Millionen von Syrer*innen in Lebensgefahr brachte.

Jetzt, da die Angelegenheit nicht mehr in den Händen des UN-Sicherheitsrats liegt, hat sich die Situation dramatisch verändert. Im Moment hat das syrische Regime der UN für eine begrenzte Zeit gestattet, die Grenzen zu nutzen. Diese Zustimmung ist kein Grund zur Freude. Denn: Hilfe für Menschen in Not zuzulassen ist eine Pflicht, kein Privileg. Das derzeitige Einverständnis des syrischen Regimes ist ein Beweis, dass es Hilfslieferungen jahrelang willkürlich verweigert hatte. Zudem ist die Abmachung zeitlich auf wenige Monate begrenzt. Und was kommt dann? Der Winter, der die humanitären Bedürfnisse vor Ort verschärft. Mit ihm wird die Situation weiter politisiert und erneut Fluchtbewegungen auslösen.

Auch extremistische Kräfte können aus der Erzählung Kapital schlagen, dass die internationale Gemeinschaft das syrische Volk erneut im Stich gelassen hat.

Doch zur Erinnerung: **Es braucht weder die Zustimmung des syrischen Regimes, noch eine Resolution, um Hilfen über die Grenzen zu bringen.**

Was kann Deutschland tun? Es könnte sich hinter die rechtlich gültigen und stichhaltigen Argumente von Expert*innen – darunter ehemalige Richter des Internationalen Gerichtshofs (dem wichtigsten Rechtsorgan der UN) und des Internationalen Strafgerichtshofs – stellen, dass es kein Hindernis für die UN gibt, Hilfsgüter nach Syrien ohne Zustimmung zu bringen. Außerdem hat Deutschland als größter Geldgeber der UN bereits begonnen, direkt syrische und internationale Organisationen zu finanzieren. Dort arbeiten Menschen, die ihr Leben riskieren, um die Not vor Ort zu lindern. Aber es braucht noch mehr Einsatz.

Die Situation in Syrien hat gezeigt: Hilfen werden nicht rechtlich, sondern politisch verhandelt. Staaten wie Deutschland, die deutlich machen, dass sie sich von humanitären Grundhaltungen leiten lassen, sind in der Lage, glaubwürdig für ihre Position zu argumentieren. Der Weg ist geebnet. Was jetzt noch fehlt, ist der Wille.

Ibrahim Olabi ist ein erfahrener Rechtsanwalt und spezialisiert auf Internationales Recht mit dem Schwerpunkt Naher Osten. Seit mehreren Jahren befasst er sich umfassend mit der Rechtsfrage im Zusammenhang mit Hilfslieferungen nach Syrien.

Die Katastrophe nach der Katastrophe

Es fällt schwer, die dramatische Situation nach dem Erdbeben in Syrien zu beschreiben – auch für eine Organisation wie Adopt a Revolution, die seit zwölf Jahren im Kriegskontext arbeitet. Ein Versuch.

Adopt a Revolution ist eine deutsch-syrische Menschenrechtsorganisation und arbeitet mit Partner*innen primär im Norden Syriens zusammen. Mit ihnen stehen wir regelmäßig in Kontakt – mit einigen fast täglich. Am Morgen des 6. Februar waren die Leitungen plötzlich tot. Auch unsere Nachrichten blieben lange Zeit ungelesen und unbeantwortet. Es waren qualvolle erste Stunden der Ungewissheit. Ein ganzer Tag verging, bis wir die Sicherheit hatten: Unsere Partner*innen in den vom Erdbeben schwer getroffenen Gebieten haben überlebt. Sie berichteten uns von den grauenvollen Szenen, die sich vor ihren Augen abspielten. Das Erdbeben hatte nahezu die gesamte Region im Nordwesten Syriens auf einen Schlag in Schutt und Asche gelegt. Eine Katastrophe dieses Ausmaßes hatten wir bis dato nicht erlebt.

Seit zwölf Jahren setzen wir uns intensiv mit der Situation in Syrien auseinander und haben in dieser Zeit mit unseren Partner*innen vieles gemeinsam »durchlebt«. Belagerungen, Giftgasangriffe, Bombardierungen und Vertreibungen – wir haben sie in vielen schrecklichen Situationen begleitet. Auf das, was auf die Erdbeben folgte, waren wir dennoch nicht vorbereitet. Wer war das schon? Und kann man das überhaupt sein? Die Mehrheit unserer Partner*innen, die selbst in den Trümmern ihrer Existenzen standen, wechselten sofort in den Notfallmodus. Eilig wurden für die Überlebenden Zelte auf Ackerland errichtet und Decken, Matratzen sowie Brennmaterial herbeigeschafft, um sich gegen die eisige Kälte schützen zu können. Nahrungsmittel, Trinkwasser, medizinische Versorgung – unsere Partner*innen organisierten, verteilten und unterstützten, wo sie nur konnten. Auch bei den Bergungsarbeiten halfen sie mit. Auf UN-Hilfen konnten sie sich nicht verlassen. Erst Tage später trafen die ersten Lieferungen ein.

Auch wir wechselten sofort in den Krisenmodus. Wir informierten kontinuierlich in unseren Kanälen über die verheerende Lage vor Ort, gaben Interviews und sammelten zielgerichtet Spenden für unsere Partner*innen. Gerade in den ersten Tagen schliefen wir wenig und arbeiteten viel. So konnten wir – obwohl wir nur ein kleines Team sind – schnell und effektiv agieren. Und weil unsere Prozesse auf kürzerem Wege und unbürokratischer als bei großen NGOs ablaufen, erhielten unsere Partner*innen akut die Unterstützung, die sie brauchten. Auch wenn die Betroffenen der Erdbeben schon lange keine mediale Aufmerksamkeit mehr bekommen, sind die Folgen der Katastrophe weiter spürbar. Solange leisten unsere Partner*innen Nothilfe, unterstützen beim Wiederaufbau und bieten psychosozialen Support. Wir stehen dabei an ihrer Seite.

Das Verbrechen der Freiheit

Als die Revolution 2011 in Syrien begann, war unsere Autorin ein Teenager. Heute protestiert sie wieder jeden Tag. Eine ergreifende Reflektion über das zwölfjährige Ringen um Freiheit, Würde und Hoffnung in Syrien.

Als Kind träumte ich davon, die Weizenfelder im Nordosten, die Olivenhaine im Nordwesten und die Ebene von Hauran im Südosten zu durchstreifen. Ich wollte alle Ecken Syriens erkunden.

Meine Kindheit endete am 13. Mai 2011. Die Weizenfelder waren verbrannt, die Olivenhaine entwurzelt und Hauran zerstört. Sie endete, als die Kinder in Daraa es wagten, »Freiheit« zu rufen. Ein Wort, das wir zuerst nur einander zuflüsterten. Ein Wort, wie ein Verbrechen, das mit Verhaftung und Folter bestraft wurde. Aber auch ein Wort, das wir hoffnungsvoll an Wände malten und auf Flugblätter schrieben, die wir in den dunklen Korridoren der Schule in die Luft warfen. Noch heute höre ich das Echo der Demonstrierenden, die damals durch die Straßen meiner kleinen Stadt Suweida im Süden Syriens zogen. Damals pochte mein Herz wie wild vor Freude. Bis der erste Schmerzensschrei meine Euphorie durchriss. Ich sah einen jungen Mann, der vor Sicherheitskräften floh. Dieses Bild verfolgt mich seitdem.

Doch egal wie hoch der Preis auch heute noch ist, ich bin bereit, das Verbrechen der Freiheit zu begehen. Ich habe bisher an allen Demonstrationen teilgenommen seit dem neuerlichen Beginn des Aufstands in Suweida im August. Ich will mich für unsere Vision einsetzen, für die so viele Syrerinnen und Syrer ihr Blut gelassen haben. Wir demonstrieren jeden Tag an Dutzenden Plätzen in der Stadt. Wir beginnen im Stadtzentrum und ziehen abends mit un-

> Warum ich demonstriere? Ich möchte in Freiheit leben

seren bunten und mutigen Plakaten weiter ins Umland von Suweida. Wir fördern Demokratie und Teilhabe unter den Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam sind wir so laut, dass unsere Stimme in ganz Syrien zu hören ist.

Ich werde oft gefragt, warum ich demonstriere. Die Frage irritiert mich. Ist die Antwort doch so offensichtlich: Ich möchte in Freiheit leben. Das gesamte syrische Volk will frei sein. Wir möchten nicht vertrieben und getötet werden oder unsere Familie zurücklassen, wenn wir fliehen. Wir wollen einen friedlichen Machtwechsel, wie es in jedem demokratischen Land üblich ist. Wir wollen ein würdevolles Leben und wissen, was mit unseren verschwundenen Brüdern und Schwestern passiert ist.

Unsere Revolution ist nun zwölf Jahre alt. Sie drückt sich nicht nur durch ein Lied, ein Flüchtlingsdokument oder die Schreckensbilder des Kriegs aus. Unsere Revolution geht tiefer. Sie ist unsere Würde, unser verbrannter Weizen und unsere entwurzelten Olivenbäume. Sie steckt in unserem Land, unseren Häusern und unseren verwehrten Rechten. Sie schreibt die Geschichte unserer Region, die von Blut befleckt ist.

Raya Sibeye Sibeye ist Anwältin, Menschenrechtsaktivistin und leitet eine Organisation in Suweida. Außerdem ist sie Mitglied im politischen Büro einer Jugendbewegung. Aus Sicherheitsgründen schreibt sie unter Pseudonym.

Das Paradox der »freiwilligen Rückkehr«

Die Türkei verfolgt immer mehr syrische Schutzsuchende und zwingt sie, »freiwillig« auszureisen. Dieser Bericht einer Menschenrechtsorganisation dokumentiert das Ausmaß einer Hetzkampagne, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Sie versuchten, alle Syrer*innen zu verhaften und deren Daumenabdruck auf das Dokument für die freiwillige Rückkehr zu bekommen – mit oder gegen ihren Willen. So wird Mustafa im Bericht der Menschenrechtsorganisation Syrians for Truth & Justice (STJ) zitiert. Er ist eines der Tausenden Opfer der groß angelegten Abschiebekampagne, welche die türkischen Behörden unter dem Deckmantel der Bekämpfung „irregulärer Migration» führen. Allein in der ersten Jahreshälfte 2023 dokumentierte STJ knapp 30.000 Abschiebungen von Geflüchteten nach Syrien.

Die türkische Regierung spricht lieber von »freiwilliger Rückkehr«. Betroffene berichten das Gegenteil: Sie erzählen von willkürlichen Festnahmen und monatelanger Verwaltungshaft. Dabei sollen sie nicht über die Gründe aufgeklärt worden sein und keinen juristischen Beistand erhalten haben. Übereinstimmend beschreiben sie auch, dass die türkischen Behörden die festgehaltenen Geflüchteten zwingen, die Papiere für ihre Ausreise zu unterschreiben. Schläge und Demütigung durch Polizeibeamt*innen scheinen Alltag und nicht Ausnahme in den Abschiebe- und Haftzentren zu sein. Zudem gebe es kaum Verpflegung und selten Wasser, medizinische Versorgung werde verweigert.

Kimlik heißt der Ausweis, den syrische Geflüchtete in der Türkei zur Identifikation mit sich führen. Nur leider schützt er nicht (mehr) vor Abschiebung. Die Kurdin Roujin aus der syrischen Stadt Afrin besaß

> 29.895 Abschiebungen zuviel

einen solchen gültigen Kimlik und wurde dennoch mit ihren Kindern zur Rückkehr gezwungen. Sie hatte gegen keine Auflage verstoßen, ihr Ehemann ist noch in der Türkei. Die Verletzungen der Rechte von Geflüchteten in der Türkei sind nicht nur real, sondern auch mannigfaltig.

Denn die Abschiebungen, von denen die meisten kollektiv durchgeführt werden, verstoßen gegen das Gesetz 6458 über Ausländer und internationalen Schutz (LFIP). Dieses gewährt Syrer*innen »vorübergehenden Schutz in der Türkei, stellt sicher, dass sie nicht zurückgeschickt werden und garantiert ihren Aufenthalt, bis sie in ihrem Herkunftsland sicher sind«. Zudem verstoßen Abschiebungen nach Syrien gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichtzurückweisung (Non-Refoulement-Gebot), da dort das Risiko extrem hoch ist, Opfer von schweren Menschenrechtsverletzungen zu werden.

Die Behauptung einer freiwilligen Rückkehr steht in klarem Gegensatz zu den belegten Berichten über Menschenrechtsverletzungen. In der EU nimmt man diese Berichte wahr, mehr aber auch nicht. Längst wird über einen neuen EU-Türkei-Deal verhandelt, der Schutzsuchende möglichst fern von Europa halten soll. Stattdessen landen sie in Syrien.

Syrians for Truth & Justice (STJ) ist eine syrische Menschenrechts- und Partnerorganisation von Adopt a Revolution. STJ sammelt Beweise für Menschenrechtsverbrechen und dokumentiert diese sorgfältig. Der Fokus liegt dabei auf dem Norden Syriens, weil diese am wenigsten Aufmerksamkeit bekommen und sich kaum jemand dafür einsetzt, sie aufzuklären. Die gesammelten Informationen gibt sie an die zuständigen Stellen der Vereinten Nationen weiter, damit diese offiziell aufgeklärt und geahndet werden können.

Credits: Change Makers

Sie machen den Unterschied: Change Makers

Inmitten der Revolution gründete Souad Al-Aswad 2014 die Frauenorgansiation »Change Makers« in Kafranbel (Idlib). Seitdem engagieren sich die Aktivistinnen gegen Diskriminierung sowie Gewalt gegen Frauen und eröffnen diesen berufliche Perspektiven. »Mit der Revolution sahen wir die Chance, Frauen einen Raum zu eröffnen, in dem sie sich emanzipieren können.« Als bei einer militärischen Großoffensive 2019 die Stadt Kafranbel vom Regime eingenommen und Souad mit ihrem Team vertrieben wurde, baute sie das Zentrum kurzerhand weiter nördlich in Salqin wieder auf. In der Stadt mit mehr als 80.000 Einwohner*innen leben überwiegend Binnenvertriebene in prekären Verhältnissen. Deshalb leisten die Change Makers seit Jahren auch immer wieder Nothilfe in den Flüchtlingcamps und bringen Vertriebene mit der einheimischen Bevölkerung in Kontakt. Auch nach den verheerenden Erdbeben im Februar und der militärischen Großoffensive des Assad-Regimes im Oktober 2023, die Zehntausende zur Flucht zwang, leistete das Team vom ersten Tag an lebenswichtige Nothilfe. Sie verteilen Lebensmittel, Hygieneprodukte, bieten Therapiesitzungen und psychosozialen Support oder kochen für Hunderte Menschen in den Camps. »Im Krieg kann man nicht planen, man muss jeden Tag so nehmen, wie er kommt. Das macht unsere Arbeit manchmal sehr schwierig, aber der tägliche Kampf lohnt sich, deshalb machen wir weiter«, betont Souad.

BITTE HELFEN SIE JETZT MIT EINER SPENDE
online unter adoptrevolution.org/projekte oder nutzen Sie unser Spendenformular unten – Danke!

Schreckensnachrichten: Wie du nicht hilflos bleibst

Krieg und Krisen bestimmen die Nachrichten. Die Neurowissenschaftlerin Maren Urner erklärt im Interview, wie wir dabei nicht in die sogenannte erlernte Hilflosigkeit fallen.

Erdbeben, Krieg und Hungersnot – in diesem Jahr sind die schrecklichen Nachrichten nicht abgerissen. Was kann das in Menschen auslösen?
Maren Urner: Die Überrepräsentation von schlechten Nachrichten kann zu einem zu negativen Weltbild führen, das nicht der Realität entspricht. Auch die sogenannte erlernte Hilflosigkeit ist eine mögliche Konsequenz. Menschen fühlen dann, dass sie gegen die vielen Herausforderungen und Probleme in der Welt nichts tun können. Als Folge wenden sich einige komplett von den Nachrichten ab. Das andere Extrem ist "Doomscrolling". Dabei können sich Menschen nicht mehr von schlechten Nachrichten lösen und verbringen viele Stunden damit, durch schreckliche Nachrichten und Bilder zu scrollen. Auch das kann in Hilflosigkeit und Passivität enden.

Warum ist es nicht hilfreich, einfach abzuschalten?
Maren Urner: Um gegen das Gefühl der Hilflosigkeit anzugehen, brauche ich Handlungsoptionen. Da sind wir beim Stichwort Medien-Hygiene. Wir sollten uns nicht nur fragen, wie viel wir konsumieren, sondern vor allem was und wie. 2013 fragte die CBS-Reporterin Margaret Brennan den damaligen US-Außenminister John Kerry bezogen auf die mögliche Eskalation in Syrien einmal: Gibt es zu diesem Zeitpunkt etwas, was seine [Assads] Regierung tun oder anbieten könnte, das einen Angriff verhindern würde? Damit hat sie sehr wahrscheinlich einen konstruktiven Diskurs stimuliert. Ein Journalismus, der Lösungen und Ansätze für die Zukunft bespricht, ist in herausfordernden Situationen wie der Kriegs- und Krisenberichterstattung wichtig und macht handlungsfähiger. Der hat auch einen Namen: Konstruktiver Journalismus.

In Syrien herrscht seit 12 Jahren Krieg. Wäre es nicht zynisch, den Fokus auf konstruktive Nachrichten aus Syrien zu legen, wenn parallel Bomben auf Städte fallen?
Maren Urner: Wenn wir nur schreckliche Situationen sehen, gewöhnt sich unser Gehirn daran und wir resignieren eher. Ich sage nicht, dass es nur positive oder einseitige Nachrichten geben soll. Dennoch ist es wichtig, die vielen kleineren Geschichten von Menschen zu erzählen, die etwas ändern wollen. Ihre Beispiele zeigen, wie wir eben nicht in die erlernte Hilflosigkeit hineinfallen. Ich denke zum Beispiel an den Beitrag einer Kollegin über die Architektin Marwa Al-Sabouni in Syrien, die sich Gedanken zum Wiederaufbau machte. Das bedeutet nicht, dass wir uns von dem, was tatsächlich passiert, abwenden sollen. Aber es hilft auch, die großen, machtpolitischen Fragen aus der Brille des Konstruktiven Journalismus anzugehen.

Die internationale Öffentlichkeit schaut nur noch punktuell nach Syrien. Was wäre ein konstruktiver Weg, mit den Schreckensnachrichten langfristig umzugehen, der gleichzeitig den Betroffenen hilft?
Maren Urner: Die wichtigste Zutat: Empathie und Nähe schaffen. Je weiter weg Dinge passieren, umso schwieriger ist es, Brücken zu bauen. Das ist die große Herausforderung der Kriegsberichterstattung. Sie muss Anknüpfungspunkte zur eigenen Realität und zum Alltag der Menschen hier und dort schaffen. Wo ist der sogenannte kleinste gemeinsame Nenner? Was verbindet einander? Es braucht konkrete Geschichten über Menschen, die geteilte Emotionen, Fähigkeiten, Tätigkeiten oder Eigenschaften vermitteln.

Alles andere als passiv

Foto: Women Support & Empowerment Center Idlib

Medien produzieren oft die gleichen Bilder aus Kriegs- und Krisengebieten. Wenn Zivilist*innen im Fokus der Berichterstattung stehen, sind sie in erster Linie Opfer und Leidtragende der Gewalt. Aber anders als die Berichterstattung glauben macht, sind sie nicht nur passiv.

Unsere Partner*innen in Syrien leisten jeden Tag Wertvolles. Sie zeigen beispielsweise jungen Menschen Alternativen zu Extremismus und Gewalt auf. Sie setzen verschiedene Konfessionen und Bevölkerungsgruppen an einen Tisch. Sie schaffen eine Kultur des Austausches und der Akzeptanz und beugen gesellschaftlichen Konflikten vor. Sie dokumentieren Kriegsverbrechen. Sie bieten Kindern und Frauen (Aus-) Bildung und damit eine Zukunftsperspektive. Sie setzen sich für die Rechte und die Gleichberechtigung von Frauen, Menschen mit Behinderung und anderen vulnerablen Personengruppen ein. Sie leisten Nothilfe und psychosozialen Support. Sie protestieren gegen das Assad-Regime und dschihadistische Milizen. Sie treiben die Demokratisierung der Gesellschaft voran und kämpfen gewaltfrei und solidarisch für eine bessere Zukunft.

Adopt a Revolution unterstützt seit 2011 zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Syrien, die sich für eine demokratische und pluralistische syrische Gesellschaft einsetzen. Diese fördern Gerechtigkeit und ein friedliches Leben in Freiheit und Würde. Wir transportieren die Stimmen derjenigen, die für Freiheit auf die Straße gegangen sind. Und wir stärken Initiativen, die mit ihrer Selbstorganisation Krieg, Unterdrückung und Verzweiflung etwas entgegenzusetzen haben.

AKTION

Keine Finanzierung der Assad-Diktatur!

Die von Adopt a Revolution initiierte und von syrischen Aktivist*innen und einem breiten Organisationsbündnis getragene Kampagne #DefundAssad setzt sich für ein Ende der Passbeschaffungspflicht von geflüchteten Syrer*innen ein. Diese werden immer wieder von deutschen Behörden aufgefordert, einen nationalen Reisepass bei der syrischen Botschaft zu beantragen. Diese bürokratische deutsche Praxis ist für das sanktionierte Assad-Regime eine beträchtliche Einnahmequelle mit dreistelligen Millionenbeträgen jährlich. Für die vor dem Regime geflüchteten Syrer*innen ist diese Praxis unzumutbar – das wird von deutschen Behörden aber selten anerkannt. Helfen Sie mit, diese Unrechtspraxis zu stoppen!

www.defundassad.de

Alleinverantwortlicher Herausgeber: about:change e.V., Klingenstr. 22, 04229 Leipzig, info@adoptrevoluion.org, www.adoptrevolution.org
V.i.S.d.P.: Svenja Borgschulte, Klingenstr. 22, 04229 Leipzig
Redaktion: Svenja Borgschulte
Grafik: Erik Tuckow, sichtagitation.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Gefördert durch: Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes
stiftung nord-süd brücken

Diese Zeitung entstand mit finanzieller Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung e.V. und wird gefördert von Brot für die Welt und der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Für den Inhalt ist allein der Herausgeber verantwortlich.

Helfen Sie mit. Stärken Sie die syrische Zivilgesellschaft!

Trotz Krieg, Vertreibung und Naturkatastrophen arbeitet die syrische Zivilgesellschaft unermüdlich gegen die humanitäre Not an und setzt sich für eine friedliche, gerechte und demokratische Zukunft Syriens ein. Oft unter härtesten Bedingungen und gegen alle Widerstände. Ermöglichen Sie unsere solidarische Unterstützung mit Ihrer Spende!

SPENDENKONTO:
ABOUT.CHANGE E.V.
IBAN: DE62 3702 0500 0003 5368 00
BIC: BFSWDE33XXX
VERWENDUNGSZWECK: SYRIENSPENDE 2023/24 (BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT)

Spenden an about:change e.V. sind steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie im Verwendungszweck Ihre E-Mail-Adresse an, damit wir Ihnen Berichte von der zivilen Basisbewegung in Syrien zukommen lassen können. Herzlichen Dank!

Ich ermächtige about:change e.V. den folgenden Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Eine regelmäßige Spende kann ich jederzeit per E-mail beenden. Spenden an about:change e.V. sind steuerlich absetzbar.

Ich unterstütze die syrische Zivilgesellschaft mit

☐ einmalig ☐ monatlich

☐ 10 € ☐ 20 € ☐ 50 € ☐ 100 € ☐ 200 €

☐ Anderer Betrag: _____ €

☐ Bitte Spendenquittung zusenden.

Bankverbindung:

IBAN o.Ktn: _____

BIC o.BLZ: _____

Bank: _____

Ihre Adresse

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____ _____

Email: _____
(für Berichte aus Syrien)

_____
Unterschrift, Datum, Ort

Bitte zurücksenden an:
about:change e.V.
Klingenstr. 22
04229 Leipzig

DANKE!